



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 3. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt
des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Donnerstag, den 08.12.2016, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 18:01 Uhr bis 19:04 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Carsten Filges

CDU

Holger Bellino
Matthias Drexelius
Norbert Fischer
Roland Mittmann
Susanne Odenweller

SPD

Marco Abbé
Walter Breinl
Beate Denfeld

GRÜNE

Ellen Enslin

FDP

Holger Grupe
Dagmar Reuter

AfD

Michael Beyerbach

FWG

Renzo Sechi

DIE LINKE.

Stefanie Lohnes

REP

Kim-Philipp Nowak

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft
Katrin Hechler
Dr. Regina Sell

Schriftführer

Michael Frauenstein

Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen

Jürgen Banzer
Heidrun Kaunzner
Lars Keitel

Kreistagsabgeordnete, die nicht dem Ausschuss angehören

Alexander Jackson

Verwaltung

Dr. Nikolaus Bretschneider-
Herrmann
Frank Denfeld Geschäftsführer VHT
Helene Eidmann
Thomas Feisel
Uwe Fink
Joseph Glaser
Thomas Golla
Nina Haibach
Maximilian Keller
Rainer Keller
André Meyer
Andreas Moskwa
Andrea Nagell
Reiner Plomer
Dr. Dr. Dieter Selzer
Maike Stein
Swaantje Stelling

B. Eröffnung

Der Vorsitzende Carsten Filges eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt in der XI. Wahlzeit des Kreistages des Hochtaunuskreises. Er begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. **Mitteilungen**

des Landrates

Baumaßnahmen

Im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Ausschusses wird der Bericht über den aktuellen Stand der laufenden Baumaßnahmen dem Protokoll als Anlage I beigefügt.

Pachtvertrag für den Kiosk auf dem Großen Feldberg

Der Pachtvertrag für den Kiosk auf dem Großen Feldberg läuft Ende des Jahres aus. In einem gemeinsamen Gespräch zwischen der Gemeinde Schmitten und dem Pächter sowie dem Zweckverband Feldberghof wurde vereinbart, einen letztmalig neuen Vertrag bis zum 31.03.2019 mit der Gemeinde Schmitten abzuschließen. Dies bedingt eine entsprechende Beschlussfassung der Gemeindevertretung Schmitten.

Herr Landrat Ulrich Krebs erwähnt ausdrücklich die teilweise unsägliche und von keiner Sachkenntnis geprägte Diskussion. Er geht auf die Historie der schwierigen Bewirtschaftung auf dem Feldbergplateau ein und äußert sein Unverständnis über Initiativen und Einmischungen politischer Akteure, die dem Ziel, eine Restauration auf dem Feldberg anzubieten, die sich selbst trägt, zuwider läuft.

2. **Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017**

Herr Filges eröffnet die Haushaltsberatungen und unterrichtet die Mitglieder darüber, dass der Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt nicht über Änderungsanträge zum Haushalt beschließen kann, sondern Änderungsanträge an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterleitet.

Er erklärt, dass heute die Produktbereiche 10 – 15 beraten werden.

Zu Beginn spricht Herr Keitel den Kreistagsbeschluss zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen an (2016/1261/KT) und bittet um einen Sachstandsbericht. Er hinterfragt insbesondere die Organisation eines „runden Tisches“.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft erklärt, dass dieser „runde Tisch“ überregional schon existiert. Über 60 Gebietskörperschaften arbeiten unter der Ägide und auf Initiative des Regionalverbandes an verschiedenen Lösungen. Diese beinhalten neben dem Kernthema Bauen und Wohnen auch die Vorbereitung für die künftige Aufstellung des Regionalen Flächennutzungsplanes. Erst wenn die Ergebnisse dieser Gespräche vorliegen, macht es Sinn, diese auf die 13 Kommunen des Hochtaunuskreises herunter zu brechen und auf der Ebene zu diskutieren, wie es im Kreistagsbeschluss vorgesehen ist. Einen Alleingang des Hochtaunuskreises, der in eine Parallelveranstaltung münden würde, sei nicht zu favorisieren.

Nach einer kurzen Diskussion bittet Herr Keitel um den Sachstand zum Beschluss des Kreistages bezüglich des Planetenweges (2016/1262/KT).

Herr Landrat Ulrich Krebs geht auf den Wirtschaftsplan des Naturpark Taunus ein, in dem die Umsetzung des Beschlusses für 2017 etatisiert ist.

Auf Nachfrage von Herrn Keitel, berichtet Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft über den Sachstand zum Gelände der alten Philipp-Reis-Schule. Er führt aus, dass der Bebauungsplan offen gelegt wurde und 2017 Rechtskraft erlangen wird.

Frau Enslin begründet folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE, der im Haupt- und Finanzausschuss beraten und beschlossen werden soll:

2016/0232/KT/2

**Produktziel: kürzere Genehmigungszeiten bei Baugenehmigungen
Produktbereich 10 Bauen und Wohnen, Produktgruppe 1001
Produkt 100101
Baugenehmigungen und baurechtliche Verwaltungsverfahren**

Es wird das Produktziel Verkürzung der Genehmigungszeiten aufgenommen.

Anschließend erfolgt eine inhaltliche Diskussion, in der von Herrn Abbé eine Konkretisierung des Antrages gefordert wird. Herr Landrat Ulrich Krebs und Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft verdeutlichen das Verhältnis der Gebühren zu den Anträgen und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der diesbezüglichen Fragen der Kreistagsfraktion GRÜNE, die mit den anderen beantworteten Fragen verteilt wurde (Anlage II) und den Abgeordneten vorliegt.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft teilt mit, dass eine Rückfrage im zuständigen Fachbereich Bauaufsicht ergeben habe, dass hier kein einziger Fall bekannt sei, wonach es aufgrund einer verzögerten Bearbeitung zu einem verschobenen Umzug eines Gewerbebetriebes gekommen sei. Er stellt die Komplexität eines Genehmigungsverfahrens dar. Neben dem Hochtaunuskreis sind noch andere Stellen involviert, die Teilaspekte eines Bauantrages prüfen müssen. Hier nennt er exemplarisch die Vorschriften zum Brandschutz, zum Immissionsschutz, aber auch die Notwendigkeit zu jedem Bauantrag die Einvernahmeerklärungen der betroffenen Städte und Gemeinden einzuholen.

In der sich anschließenden Debatte verdeutlicht der Leiter des Fachbereiches Bauaufsicht, Herr Glaser, die komplexe Thematik.

Frau Enslin begründet folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE, der im Haupt- und Finanzausschuss beraten und beschlossen werden soll:

2016/0232/KT/3

**Radwegekonzept
Produktbereich 14 Umweltschutz
Produktgruppe 1401 Umweltschutzmaßnahmen
Produkt 140101 Umweltmaßnahmen**

Zusätzlich werden eingestellt:

Konto 610000 Sach- und Dienstleistungen

Planung Radwegekonzept + 100.000 €

Herr Drexelius berichtet über eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie des Regionalverbandes, bei der es um eine überörtliche Radwegeverbindung Frankfurt – Darmstadt gehe. Diese sollte erst einmal abgewartet werden, da die daraus resultierenden Ergebnisse für ein vom Hochtaunuskreis initiiertes überregionales Radwegekonzept von Bedeutung sein könnte.

Frau Enslin schlägt daraufhin vor, den Änderungsantrag trotzdem beschließen zu lassen, diesen aber mit einem entsprechenden Sperrvermerk zu versehen.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich darauf, diese Thematik final in der Klausurtagung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Auf den Wirtschaftsplan des Verkehrsverbandes Hochtaunus bezogen, fragt Frau Enslin nach den Auswirkungen einer Initiative des Landes Hessen, ein hessenweit gültiges Schülerticket einzuführen.

Hierzu erklärt Herr Landrat Ulrich Krebs das mögliche Szenario für den Hochtaunuskreis. Er geht auf die verschiedenen zu beachtenden Facetten ein und rechnet mit keinen signifikanten Veränderungen in Bezug auf die zurzeit genutzte CleverCard. Die finanziellen Auswirkungen in den ländlichen Gebieten werden anders sein, als im Großraum des Rhein-Main-Gebietes. Herr Bellino und Herr Drexelius stellen klar, dass mit keiner Mehrbelastung der Kommunen zu rechnen sei.

Herr Denfeld, Geschäftsführer des VHT, verweist in diesem Zusammenhang auf mögliche finanzielle Risiken für den VHT, z.B. durch Sprungkosten im Bereich des Busverkehrs, die durch eine verstärkte Nutzung des ÖPNV durch Schüler im Hochtaunuskreis entstehen können. Diese müssten bei einer abschließenden Regelung mit dem Land berücksichtigt werden.

Frau Enslin bittet im Hinblick auf die Erläuterungen zum Haushaltssicherungskonzept um einen Sachstand zur Einführung von CAFM.

Herr Plomer, Leiter des Fachbereiches Hochbau gibt detaillierte Informationen und erläutert, dass das aus der Ausschreibung hervorgegangene Programm Vitricon von der Fa. EBCsoft zurzeit auf einem externen Server als Testsystem installiert ist, um ein erstes Customizing durchzuführen. Die Implementierung auf den Servern des Kreises ist ab Ende Februar 2017 geplant. Anschließend soll das Programm im Sommer 2017 vollständig implementiert sein, so dass mit einer ersten Energieauswertung begonnen werden könne.

Dies zum Anlass nehmend, regt der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Carsten Filges an, künftig beim Haushaltssicherungskonzept die Informationen zu den Energieressourcen und -kosten mit einer Grafik und/oder Diagramm zu unterstützen.

Auf Bitte von Herrn Grupe referiert Herr Landrat Ulrich Krebs kurz über den Sachstand zum Verkauf des alten Landratsamts (Prinzenpalais) in Usingen. Die aufgrund des Bieterverfahrens eingegangenen Angebote werden derzeit geprüft. Parallel prüft die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Usingen eine Vermarktung des Geländes.

3. **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion Sachstandsbericht Hasselborner Tunnel**

2016/0157/KT/1

Zum vorliegenden Sachstandsbericht fragt Herr Grupe nach dem Hintergrund der Co-Finanzierung des Lahn-Dill-Kreises zu einem Drittel.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft und Herr Denfeld verweisen unter anderem auf die finanzielle Lage des Lahn-Dill-Kreises, der unter dem hessischen Rettungsschirm agieren muss.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt nimmt in Erledigung des Kreistagsbeschlusses den Bericht zur Kenntnis.

4. **Verschiedenes**

Betreuungszentrum in Usingen

Frau Enslin thematisiert den geplanten Neubau eines Betreuungszentrums in Usingen, welcher mit einem Neubau einer Zwei-Feld-Halle in Zusammenhang steht.

Auf ihre Frage erklärt Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft, dass für ein derartiges neues Projekt eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Hochtaunuskreis und der Stadt Usingen abgeschlossen werden müsste.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende Herr Carsten Filges die Sitzung und bedankt sich für die Mitarbeit.

gez. Carsten Filges
Vorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer